

◀◀ **Einleitung
und Grund-
sätze –
Die Jugend ist
unsere Zukunft,
nicht unser
Problem!**



Jugendgewalt und Vandalismus – das tolerieren wir nicht!

Von der Mitgliederversammlung der FDP Belp am 17. März 2008 genehmigt.

Eine kleine Gruppe von Jugendlichen, die nachts und teilweise auch tagsüber immer wieder mit Unruhestörungen und Sachbeschädigungen (Vandalismus) den Unmut von Behörden, der Belperinnen/Belper sowie der sich korrekt verhaltenden Jugendlichen auf sich zieht, hat in der Gemeinde Belp dazu geführt, dass sich Behörden und Politik veranlasst gesehen haben, aktiv zu werden.

Ende 2007 hat die Bildungskommission den Gemeinderat aufgefordert, ein eigentliches Ausgehverbot ab 22.00 Uhr für Jugendliche unter 16 Jahren zu prüfen. Derartige Verbote sind in anderen Gemeinden (Interlaken, Ins) bereits ausgesprochen worden.

Die FDP Belp ist nach eingehender Prüfung und Abwägung eines Ausgehverbots für Jugendliche zum Schluss gekommen, dass diese Massnahme sehr wohl geprüft werden muss. Ein Ausgehverbot ist alleine aber kaum geeignet, um die Probleme längerfristig zu lösen. Deshalb schlägt die FDP Belp insgesamt 15 Massnahmen vor.

Grundsatz:

Die FDP Belp ist der Auffassung, dass dem zunehmenden Vandalismus und den Ruhestörungen mit gezielten Mitteln und Massnahmen, vor allem aber mit aller Konsequenz begegnet werden muss. Die FDP toleriert Gewalt, Sachbeschädigungen und Ruhestörungen in keiner Weise. Deshalb fordert die Partei den Gemeinderat auf, **konsequent und mit allen Mitteln auch die Eltern und Erziehungsberechtigten in die Verantwortung mit einzubeziehen!**

Die Gemeinde muss deshalb auch mit allen Massnahmen und unverzüglich dem verständlichen Bedürfnis der Bevölkerung (und auch der sich korrekt verhaltenden Jugendlichen!) nach Sicherheit Rechnung tragen.

FDP
Wir Liberalen.

« **Dimensionen wahren – Die Mehrheit der Jugendlichen verhält sich korrekt!**



Die Gemeindebehörden haben die Aufgabe, anstehende Probleme zu lösen. Bei jeder Lösung müssen jedoch die Verhältnismässigkeit der Massnahmen sowie die Rechtsmässigkeit gewahrt bleiben.

Die FDP Belp schlägt deshalb vor, dass die Gemeinde mit gezielten Massnahmen in erster Linie bei der Minderheit von Jugendlichen ansetzt, die negativ auffällt:

1. Die Gemeinde Belp schöpft alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel aus, um das Problem der Jugendgewalt einzudämmen. Dabei sorgt sie unmissverständlich dafür, dass das geltende Recht voll ausgeschöpft wird, damit gegen die Täter mit aller Härte vorgegangen werden kann.
2. Betreffend ein Ausgehverbot für Jugendliche prüft die Gemeinde Belp, wie eine derartige Massnahme sinnvoll umgesetzt werden kann. Insbesondere setzt sich der Gemeinderat auch dafür ein, dass notfalls die notwendige rechtliche Grundlage zur Umsetzung auf kantonaler Ebene rasch geschaffen wird.
3. Um die Sicherheit im öffentlichen Raum rasch und besser gewährleisten zu können, werden besonders problematische Standorte auf dem Gemeindegebiet mit einer besseren Lichtgestaltung aufgewertet.
4. Sollte das Problem dadurch nicht massiv entschärft werden, rüstet die Gemeinde Belp neuralgische Punkte wie das Bahnhofsgebiet schrittweise mit Überwachungskameras aus. Sie engagiert sich dafür, dass die notwendigen rechtlichen Grundlagen dazu auf kantonaler Ebene geschaffen werden.
5. Für Problemfälle sind konstruktive Lösungen zu suchen, die nebst Verboten und Restriktionen auch auf Unterstützung abzielen.

◀◀ **Restriktionen und Verbote mit Mass – Erziehende in Verantwortung mit einbeziehen!** ▶▶

Unbestritten ist, dass nicht die Gemeinde eine eigentliche Erziehungs- und Aufsichtspflicht für Jugendliche bis 16 Jahre hat, sondern in erster Linie die Eltern oder die Erziehungsberechtigten. Deshalb sind die Erziehungsberechtigten (resp. *Erziehungsverantwortlichen*) mit einzubeziehen, wenn Probleme entstehen.

Die FDP Belp schlägt deshalb vor, dass die Erziehungsberechtigten von Jugendlichen, die negativ auffallen, von Anfang an in gezielte Massnahmen und in die Verantwortung mit einbezogen werden. Dies bedeutet:

1. Erziehungsberechtigte von Jugendlichen werden von der Sozialbehörde über die Vorfälle informiert. Im Wiederholungsfall wird schriftlich ein Verweis erteilt.
2. Bei weiteren Widerhandlungen werden Erziehungsberechtigte und Jugendliche gemeinsam zu einem Gespräch vorgeladen, damit gezielte Massnahmen vereinbart werden können.
3. Erziehungsberechtigte und Jugendliche verpflichten sich schriftlich, diese Massnahmen einzuhalten. In einem zweiten Elterngespräch nach einem halben Jahr werden die getroffenen Massnahmen überprüft.
4. Bei neuerlichen Verstössen resp. Widerhandlungen wird die Vormundschaftsbehörde eingeschaltet. Diese entscheidet über weitere Massnahmen.
5. Die Erziehungsberechtigten verpflichten sich, im Wiederholungsfall allfällige Kosten partiell resp. den eigenen Möglichkeiten entsprechend zu übernehmen.

« Jugendliche mit einbeziehen und frühzeitig fördern! »

Daneben muss die Gemeinde stets auch in Betracht ziehen, dass eine Mehrheit der Jugendlichen nicht negativ auffällt. Damit dies so bleibt, vor allem aber auch, damit Jugendliche nicht nur als Problem wahrgenommen werden, müssen den Jugendlichen entsprechende Anreize geboten werden.

Die Gemeinde Belp unterstützt deshalb aktiv,

1. die Etablierung und den Fortbestand des bestehenden Jugendtreffs;
2. die frühzeitige Integration Jugendlicher in die Gesellschaft durch die Förderung der Vereine im Dorf, aber auch durch die Verstärkung der Integrationsbemühungen in den Kindergärten und der Volksschule;
3. die Schulsozialarbeit sowie eine rasche Optimierung der geplanten Tagesschulstrukturen;
4. zusätzliche (ausser)schulische Massnahmen, die zu einer besseren Integration beitragen. Dazu zählen etwa Sprachkurse, Stützunterricht oder Aufgabenhilfen;
5. die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft, insbesondere in den Bereichen Politik und Wirtschaft. Dazu gehört, dass sich die Gemeinde Belp aktiv für die Schaffung eines Jugendrates einsetzt, der politische Aktivitäten entwickeln kann. Zudem ist der Wirtschaftsausschuss der Präsidiakommission gemeinsam mit KMU Belp dafür besorgt, dass die ortsansässigen Unternehmen bei der Schaffung neuer Lehrstellen für einheimische Auszubildende unterstützt respektive administrativ entlastet werden.

FDP
Wir Liberalen.